

# Vaterschaftsurlaub: Verhandlungssache

**Politische Vorschläge für Vaterschafts- oder Elternurlaub häufen sich im Namen einer modernen Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen. Die Unternehmen können es sich jedoch nicht leisten, ihre Kosten weiter ungebremst ansteigen zu lassen. Eine Lösung besteht darin, in anderen Bereichen auch in Richtung Anpassung an die Gepflogenheiten einer modernen Arbeitswelt zu verhandeln.**

### Vier Wochen, oder achtunddreißig, oder zwei....

Die Einführung des gesetzlichen Vaterschaftsurlaubs ist eines der aktuellen Themen der Bundespolitik. Es sei daran erinnert, dass die Gewerkschaft Travail.Suisse, begleitet von den Organisationen Männer.ch, Alliance F und Pro Familia, 2017 eine Volksinitiative mit dem Titel „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub“ eingereicht hat. Letztere fordert einen Urlaub von mindestens vier Wochen (zwanzig Tage en bloc oder aufgeteilt, zu beziehen innerhalb eines Jahres nach der Geburt). Diese neue Sozialversicherung würde über das System der Erwerbsausfallversicherung (EO) finanziert.

Anfang Juni dieses Jahres hat der Bundesrat dieses Dossier dem Parlament weitergeleitet und die Ablehnung dieser zu kostspieligen Initiative empfohlen. Im Laufe des Sommers tauchte dann eine Reihe von Alternativvorschlägen auf, die sich mehr auf einen Elternurlaub (der zwischen Mutter und Vater aufgeteilt werden soll) konzentrierten: sechzehn Wochen seitens der FDP, acht Monate seitens der Grünen und sogar achtunddreißig Wochen seitens der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Dieses beratende Organ der Verwaltung brachte sich in die Diskussion ein, indem es die Schweiz als „Schlusslicht“ bezeichnete und sich für eine maximalistische Lösung aussprach, deren

Kosten – zwischen 1 und 1,5 Milliarden Franken pro Jahr – durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden sollten.

Der Parlaments-Parcours hat bereits begonnen. Am 21. August hat sich die Kommission für soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit des Ständerats (SGK-S) bereits für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der einen Vaterschaftsurlaub ähnlich dem von der Initiative vorgeschlagenen vorsieht, jedoch auf zwei statt vier Wochen begrenzt ist.

### Wahlfreiheit der Unternehmen bald vom Gesetz eingeholt

Die Privatwirtschaft beobachtet diese Entwicklung. Jenseits des gewerkschaftlichen Grundreflexes, grundsätzlich mehr Urlaub zu fordern, scheint sich die Idee des Vaterschaftsurlaubs oder des Elternurlaubs allmählich in den Köpfen eines Teils der Bevölkerung durchzusetzen. Viele Unternehmen und Verwaltungen haben diesen Schritt bereits getan, indem sie einen solchen Urlaub auf freiwilliger Basis gewähren. Aber etatistische und egalitäre Geister geben sich mit dieser Lösung nicht zufrieden: Fortschritt gibt es nicht, solange er nicht gesetzlich verordnet ist. Gleichermassen könnten Unternehmen, welche bereits einen Vaterschaftsurlaub gewähren, mit dem gesetzlichen Ansatz einer externen Finanzierung, bezahlt von der Erwerbsausfallversicherung, liebäugeln.


#### Impressum

Verfasser:  
Centre Patronal  
Verantwortlicher Redaktor:  
P.-G. Bieri

Route du Lac 2  
1094 Paudex  
Case Postale 1215  
1001 Lausanne  
T +41 58 796 33 00  
info@centrepatronal.ch

Kapellenstrasse 14  
3011 Bern  
T +41 58 796 99 09  
cpbern@centrepatronal.ch

www.centrepatronal.ch



Weil die Einführung des Vaterschaftsurlaubs im Namen der Moderne gefordert wird, gilt es, dieser Logik konsequent zu folgen und über eine echte Modernisierung der Arbeitswelt in mehreren Bereichen zu verhandeln.

Daraus lässt sich schliessen, dass bald ein gesetzlicher Vaterschaftsurlaub eingeführt wird. Die Frage ist: In welcher Form und zu welchen Kosten?

Der hauptsächliche Streitgegenstand, die Anzahl Tage, wird zweifellos hart verhandelt werden. Daneben wird die Wahl zwischen Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub diskutiert – aber wir wissen bereits, dass letzteres Modell von den „fortschrittlichsten“ Kreisen angefochten wird, welche befürchten, dass den Paaren zu viel Freiheit bei der Verteilung ihres Urlaubs gelassen wird. Es gibt jedoch noch andere überlegenswerte Themenfelder.

### **Gegenseitige Zugeständnisse für moderne Arbeitsbedingungen**

Eines ist sicher: Die Initiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub“ mit Kosten von 420 Millionen Franken pro Jahr ist für die Privatwirtschaft weder sinnvoll noch tragbar. Müssen wir in Erinnerung rufen, dass die Arbeitskosten in der Schweiz bereits besonders hoch sind, dass dies Schweizer Unternehmen benachteiligt und dass internationale Handelsspannungen nicht förderlich sind?

Weil die Einführung des Vaterschaftsurlaubs im Namen der Moderne gefordert wird, gilt es, dieser Logik konsequent zu folgen und über eine echte Modernisierung der Arbeitswelt in

mehreren Bereichen zu verhandeln. Insbesondere muss die zusätzliche Belastung durch den Vaterschaftsurlaub mit dem Abbau verschiedener administrativer und bürokratischer Hemmnisse ausgeglichen werden. Viele Unternehmen klagen heute über die Vorschriften zur Arbeitszeiterfassung, welche aus der Industriezeit stammen und nicht mehr mit einer modernen dienstleistungsorientierten Wirtschaft vereinbar sind. Viele Unternehmen fordern zudem flexiblere Arbeitszeiten, welche auf Jahrsbasis festgelegt werden, bei gleichzeitiger Lockerung der wöchentlichen Obergrenzen. Flexibilität ist ein Merkmal moderner Arbeitsbeziehungen; sie ist sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber sinnvoll.

Andere Verhandlungswege sind sicherlich denkbar. Wichtig ist es, ein Klima der gegenseitigen Zugeständnisse statt der Konfrontation zu verfolgen. Je weniger die Unternehmen unnötig belastet werden, desto eher werden sie zum (sinnvollen!) Projekt Vaterschaftsurlaub Hand bieten.

**Pierre-Gabriel Bieri**

Übersetzung: Markus Hugentobler